

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gelbste Kolonnen-Beile 50 Schickungsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Vrey. Druck von G. A. H. Reister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Der Militärputsch.

Von Karl Legien.

II.

Von der U. S. P. und der Berliner Gewerkschaftskommission waren in diesen Tagen Forderungen aufgestellt, die zu erfüllen waren, wenn der Generalkrieg abgebrochen werden sollte. Da beide Organisationen erklärten, von weitergehenden Zielen, wie Diktatur des Proletariats und politische Reorganisation, zunächst absehen zu wollen, so blieben schließlich nur Forderungen, die auch von den Gewerkschaftszentralen und dem D. B. V. vertreten wurden. So konnten die Verhandlungen mit allen am Generalkrieg beteiligten Organisationen wieder aufgenommen werden. In deren Verlauf wurde von der U. S. P. verlangt, daß nicht die bisherige Regierung wieder in ihr Amt eintreten solle, sondern daß eine reine Arbeiterregierung einzusetzen sei. Zu einer solchen würden eventuell auch die christlichen Gewerkschaften und die Christ-Dunderschen Gewerksvereine heranzuziehen sein. Beide Organisationsgruppen hatten bereits am 13. März erklärt, sich restlos dem Generalkrieg anzuschließen. Die Gewerkschaftszentralen waren bereit, diese Forderung mitzubertragen, unter der Voraussetzung, daß die Arbeiterregierung im Einverständnis mit den Regierungsparteien zu errichten sei. Nur dann wäre sie existenzfähig und existenzberechtigt. Die über diese Frage geführten Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages verliefen ergebnislos.

In den bekannten acht Punkten waren die Forderungen der am Streik beteiligten Organisationen zusammengefaßt. Neben diesen wurde die Nichtwiederkehr einiger Minister der bisherigen Regierung verlangt. Die Verhandlungen über die acht Punkte mit den in Berlin anwesenden Reichs- und preussischen Staatsministern und Vertretern der Regierungsparteien begannen am 18. März in den Abendstunden, wurden am 19. März abends fortgesetzt und kamen am 20. März morgens 5 Uhr zum Abschluß. Es fehlte nicht an heftigen Zusammenstößen, jedoch waren die beteiligten Kreise im allgemeinen zu einer Verständigung geneigt, die in einer Form erfolgte, die den Abbruch des Generalkriegs möglich machte. Die Vertreter der am Generalkrieg beteiligten Organisationen hatten geduldig die ganze Nacht hindurch auf den Abschluß der Verhandlungen mit den Regierungsparteien gewartet. Am 20. März morgens 7 Uhr wurde von allen Beteiligten der Abbruch des Generalkriegs beschlossen. Nur die U. S. P. weigerte sich, den Aufruf zu unterzeichnen. Ihre Zentrale, so erklärten ihre Vertreter, müsse erst in besonderer Sitzung Stellung nehmen. Dieses Verhalten wurde von den der U. S. P. angehörenden Gewerkschaftsvertretern äußerst scharf gerügt.

Der Generalkrieg wäre gemäß diesem Beschluß am Montag, 22. März, abgebrochen worden, obgleich die Zentralstreikleitung und ein „Komitee revolutionärer Arbeiter“ zu seiner Fortsetzung aufforderten. Da mußte wieder einmal die Militärverwaltung hindernd in den Weg treten. Die Straßen Berlins waren am 22. März in ein Heerlager verwandelt. In den Vororten kämpften Regierungstruppen gegen bewaffnete Arbeiter. Diese hatten zu den Waffen gegriffen, um den Rapp-Putsch abzuwehren. Zum Dank dafür stellte man sie nun vor die Standgerichte, die von den Befehlshabern der Regierungstruppen eingesetzt wurden. Dieselben Truppen, die bei dem Einmarsch der Baltikamer völlig versagt hatten, waren mit einem Male zur Stelle, um gegen die Arbeiterkämpfe zu kämpfen. Mit vollem Recht erklärte diese, daß sie nicht die entsetzliche Not eines achtstägigen Generalkriegs ertragen hätten, um wieder vom Militär drangsalisiert zu werden. Sofort eingeleitete Verhandlungen mit dem Reichskanzler Bauer führten zu einem guten Ergebnis. Die Truppen wurden zurückgezogen, die Standgerichte, resp. der verschärfte Belagerungszustand, aufgehoben, Verhandlungen wurden eingeleitet zur Einstellung der organisierten Arbeitnehmerschaft in die Sicherheits- und neu-zuschaffende Ortswehr. Nunmehr konnte der Generalkrieg endgültig abgebrochen werden. Der Beschluß wurde am 22. März nachts 12 Uhr gefaßt. Jetzt unterzeichnete auch die Zentrale der U. S. P. den Aufruf, so daß eine weitere Gegenaktion der Zentralstreikleitung völlig bedeutungslos wurde.

Mit dem Abschluß des Kampfes war die Aufgabe der Zentrale für die Streikführung nicht erfüllt. Ihr traten nunmehr auch die christlichen und Christ-Dunderschen Gewerkschaften bei. Sie hat bei der Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen mitgewirkt; sie hat begonnen, die acht Punkte durchzuführen; sie hat wesentlichen Einfluß auf die Beilegung des Konfliktes im Ruhrrevier ausgeübt. Sie bildet heute die Stütze zur Einigung der gesamten Arbeitnehmerschaft. Wird sie dies bleiben und ihre Aufgaben erfüllen können? Die Frage ist bei den widerstreitenden Meinungen und Interessen nicht glatt zu beantworten. Sie kann es bleiben, wenn an den bisherigen Vereinbarungen allseitig festgehalten wird. Ohne grundsätzliche Anschauungen, ohne weitergehende politische Pläne preiszugeben, soll zunächst gemeinsam für die Durchführung der acht Punkte gearbeitet werden. Geschieht dies ohne Hintergedanken, so wären wir sicher einen Schritt vorwärts gekommen zum Ausgleich der Gegensätze in der Arbeiterklasse. Zu dem Ausgleich, der erfolgen muß, wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufrichten wollen. Aber, wenn auch diese Einigung nicht voll erreicht werden sollte, wissen wir nach den Vorgängen in diesen Märzwochen eines sicher:

eine reaktionäre, eine militaristische Regierung kommt in Deutschland nicht wieder. Gegen diese wird die Arbeitnehmerschaft sich immer so zusammenfinden, wie es in diesem Abwehrkampf geschehen ist.

Vom Wesen der Demokratie.

Die innerstaatlichen Interessen- und Machtkonflikte der Völker des europäischen Kulturkreises werden nur dann zu lösen sein, wenn es gelingt, die Gegensätze zwischen Persönlichkeit und Gemeinschaft auszugleichen. Erste Voraussetzung dafür ist, daß dem einen das Recht des anderen heilig wird, daß jede Art von Vergewaltigung aufhört, was nur in einem durchaus demokratischen Gemeinwesen sein kann.

Das Wesen der Demokratie richtig verstehen zu machen, steht sich Ed. Fischer's neues Buch „Demokratie“ zur Aufgabe, das kürzlich im Musarion-Verlag (München) erschien und durchaus von dem Gedanken getragen ist, die demokratische Bewegung sei überall so mächtig geworden, daß sie nicht mehr aufgehalten werden kann. Den unaufhörlichen Drang zur Demokratie kann Fischer nicht allein als Ausfluß materieller Interessen betrachten; er ist vielmehr mindestens ebenso sehr auf die Entfaltung des Persönlichkeitsgefühls zurückzuführen: Bevormundet, geleitet zu werden, unmündig zu sein, seine Angelegenheiten nicht selbst regeln zu dürfen, minderen Rechtes zu sein als andere — dagegen bäumt sich die menschliche Natur auf, die auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gerichtet ist. Wenn die Europäer in der Vergangenheit jahrhundertlang den Absolutismus ertrugen und andere Völker ihn bis heute hinnehmen, so erklärt sich das jedenfalls daraus, daß überall dort, wo der Absolutismus herrscht, die staatlichen Aufgaben noch wenig umfangreich sind und die Personen mindestens in den Dingen des Alltags Freiheit genießen. Aber mit der Entwicklung der Weltwirtschaft, der Industrie, des Verkehrs und der großen Städte ist es anders geworden: der einzelne ist nun auf allen Lebensgebieten vom Staate abhängig, alle seine Interessen werden von der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates beeinflusst, sein ganzes Dasein ist auf die staatlichen Einrichtungen angewiesen, das Leben ist viel mehr eine öffentliche als eine private Angelegenheit, weil der Staat überall eingreift. Der Bewegung auf Erweiterung des Staatseinflusses ist die demokratische Bewegung auf dem Fuße gefolgt.

Was ist eigentlich Demokratie? Es ist hierunter jene Gestaltung einer Gemeinschaft zu verstehen, die ihren Gliedern als Ganzes die höchste Gewalt und jedem einzelnen die gleichen Rechte verschafft und sichert, den Volksgliedern also ermöglicht, alle ihre Angelegenheiten als freie und gleichberechtigte Bürger selbst zu regeln. Die Frage, wie das in allen Einzelheiten geschehen soll, ist eine Sache der praktischen Ausführung.

Der Zustand, der eine Demokratie darstellt, wird durch Gesetze und staatliche Einrichtungen geschaffen. Hierzu gehören nicht nur die geschriebenen Gesetze, sondern auch die Sittengesetze und somit auch der Geist, in dem die Gesetze und die gemeinsamen Angelegenheiten überhaupt verwaltet werden. Als etwas Fertiges, etwas Vollkommenes, ist keine der bestehenden Demokratien zu betrachten, sondern stets nur als etwas, das ständig im Fluße, in der Entwicklung begriffen ist und immer mehr ausgebaut werden muß.

Der demokratische Geist kann in einem Volke nicht plötzlich auftreten; seine Entwicklung vollzieht sich nur langsam von Geschlecht zu Geschlecht, unter gewissen Voraussetzungen rascher, unter anderen langsamer. — Eine Gemeinschaft, die demokratisch sein will, darf nicht unterlassen, den Geist der Freiheit zu pflegen, sie muß ihre Mitglieder zu freiem Denken und Handeln, zu Persönlichkeiten erziehen.

Der mit dem Begriffe der Demokratie eng verbundene Freiheitsbegriff hat im Laufe der Geschichte mancherlei Wandlungen erfahren. Namentlich im Wirtschaftsleben war Freiheit vom Zeitpunkt des Selbstwerdens unserer Vorfahren bis zur Entfaltung des Kapitalismus nicht gegeben, die Wirtschaft vollzog sich vielmehr in geschlossenen Gemeinwirtschaften, wie Markgenossenschaften, Rünsten, Gilden. Selbst im Reitalter des Liberalismus blieben wirtschaftliche und persönliche Abhängigkeiten bestehen, und sie werden wahrscheinlich auch erst durch den demokratischen Sozialismus beseitigt werden können.

Hiel Gewicht ist auf die Demokratisierung der Verwaltung zu legen, weil nicht all die tausend Einzelheiten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch schematische Gesetze geregelt werden können und der freien Entscheidung immer ein weiterer Spielraum eingeräumt bleiben muß. Die Verwaltung, und das ist die Art, der Geist der Auslegung und Anwendung der Gesetze, ist deshalb wichtiger für den Bestand der Freiheit als die Gesetze selbst.

Mehrheits Herrschaft ist nicht gleichbedeutend mit Demokratie; für diese bezeichnend ist in weit größerem Maße der Minderheitenschutz. Freilich kann es in der Demokratie eine andere Entscheidung als durch Mehrheit nicht geben, doch darf diese nicht eine Machtentfaltung darstellen, welche Herrschaft über eine Minderheit ist. Ed. Fischer sagt: „Wäre Mehrheits Herrschaft Demokratie, dann wäre schließlich auch das Deutsche Reich unter Wilhelm II. ein demokratischer Staat gewesen, also ein Land der

Freiheit, was es damals ganz sicher noch nicht war. Das Volk wählte auf Grund demokratischer Wahlrechts den Reichstag, der mit Mehrheit Gesetze beschloß. Die Mehrheit im Staate entschied — mithin wäre Deutschland Demokratie gewesen. Der Einwand, daß der Reichstag wenig Rechte und wenig Macht besaß, daß er vor allem an der Verwaltung keinen Anteil hatte, daß die eigentliche gesetzgebende Körperschaft der Bundesrat war — die vom Volke ganz und gar unabhängige staatliche Bürokratie —, ist zwar richtig, beweist jedoch nichts. Der Reichstag hätte alle Rechte haben können, wenn er gewollt hätte! Doch er wollte sie nicht, und die Mehrheit der Reichstagswähler wollte auch kein demokratisches Deutschland.

Wenn Beschlussfassung mit Mehrheit nicht Demokratie ist, soll dann etwa die Minderheit entscheiden? Eine solche Frage kann nur aufwerfen, wer nie eine Demokratie kennen gelernt oder sich nie ernstlich mit dem demokratischen Problem beschäftigt hat. Gewiß kann in einer Demokratie nur nach Mehrheitsentscheidung verfahren werden, doch muß sie auch alle diejenigen Einrichtungen aufweisen, die eine Vergewaltigung der Minderheit, eine Unterdrückung von Volksgenossen oder Andersnationalen, ebenso wie die Entwicklung eines auf Macht beruhenden Herrschaftssystems, unmöglich machen. Diese Einrichtungen bilden das wesentliche Merkmal einer Demokratie. Eine Demokratie hat in erster Linie die weitestgehende Toleranz — Duldung — zur Voraussetzung; diese ist der demokratische Geist, der allein die Freiheit zu sichern vermag und der die Mehrheit der Mitglieder einer Gemeinschaft davon abhält, sich auf den Machtstandpunkt zu stellen. Die Demokratie ist deshalb vornehmlich ein sittliches Problem.

In hohem Maße gefährdet werden kann die Demokratie durch Zentralisation, die an sich kein freizeittlicher Grundtat ist. Eine zentralisierte Demokratie kann Massen Herrschaft vortäuschen, wo in Wirklichkeit nicht diese, sondern Herrschaft einiger weniger besteht, die die Masse geistlich zu lenken verstehen. Alle wahrhaft demokratischen Gemeinwesen sind föderalistisch organisiert oder haben jedenfalls die Selbstverwaltung zur Grundlage. Selbstverständlich kann ohne zentrale Regelung kein großes Gemeinwesen bestehen; aber es handelt sich weniger um zentrale Vorschriften — beim Staat um zentrale Gesetzgebung — als vielmehr um die Verwaltung, die föderalistisch sein, durch das Volk selbst ausgeübt werden muß. Fischer zeigt, wie groß der Anteil des Volkes an der Gesetzgebung in den modernen Demokratien ist und sein kann, daß die Ausarbeitung von Gesetzen nur von einer zentralen Vertretungskörperschaft erfolgen kann; aber an der Verwaltung können alle Teile des Volkes teilnehmen, mindestens mittelbar, durch Beeinflussung und Ueberwachung. Wo die Selbstverwaltung hoch entwickelt ist, kann ein auf Macht beruhendes Herrschaftssystem sich nicht herausbilden, weil die zentrale Leitung auf die Ausführung aller Gesetze durch die Masse angewiesen ist. Nur bei weitgehender Selbstverwaltung ist demokratisches Leben möglich, kann Freiheit bestehen. F.

Gewerkschaften und Heimstättenbewegung.

Von dem Aktionsausschuß der deutschen Gewerkschaften für das Reichs-Heimstättenamt (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der deutschen Gewerksvereine — Christ-Dundersche Gewerkschaften — Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Deutscher Beamtenbund), hinter dem sämtliche deutsche Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit ihren etwa 15 Millionen Mitgliedern stehen, geht uns der folgende Aufruf zu:

Ihr Männer und Frauen des Volkes, laßt euch durch keinen Namen und durch kein Schlagwort mehr blenden! Wir wollen leben! Wir verlangen Brot und Hoffnung für die Zukunft!

Wie war die Entwicklung bisher?

Arbeiter, Angestellte und Beamte forderten höhere Löhne, höhere Gehälter. Die Notpresse ging schneller. Mehr Geldzeichen kamen unter die Leute. Papiergeld! Die Folge war ein gleichzeitiges Steigen der Preise — wieder Unzufriedenheit und Arbeitseinstellung — wieder Lohnerhöhung — wieder Steigen der Preise! Unruhe, Bruderkämpfe! Soll es so weitergehen? Nein und tausendmal nein! Der Weg zu einem neuen Aufbau muß beschritten werden, zu einem Aufbau im Geiste der Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Eine unerlässliche Voraussetzung dazu ist die Befreiung des Bodens von einem falschen Rechte, das ihn, die Quelle allen Lebens und Arbeitens, vielfach erniedrigt hat zu einem Gegenstand des Wuchers und der Ausbeutung. Der erste entscheidende Schritt ist ein Heimstättenrecht, das jedem Volksgenossen die Möglichkeit erschließt, eine gesicherte Heimstätte für sich und die Seinen zu gewinnen.

Hunderttausend Hände werden dann neu beschäftigt, dem rings um die Heimstätte liegt der Garten!

Der Boden muß in ganz anderer Weise als bisher, wenigstens teilweise, gärtnerischer Nutzung dienstbar gemacht werden — unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein!

Kann zur Zeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald

lungen immer wieder von den Arbeitgebern angeführt, daß die Lage des Betriebes bei dieser Frage ausschlaggebend sei.

Der neue vom Arbeitgeber getrennte Entwurf des Lohnvertrages ist nach den Anträgen der Arbeiterschaft aufgestellt und vermindert die Unterschiede der Löhne wesentlich.

Es läßt sich dann lediglich der Abschluß des Gesamtarbeitsvertrages in Frage. Der Entwurf dazu ist ebenfalls nach den Anträgen der Gesamtarbeiterschaft zusammengestellt und hat, abgesehen von einigen redaktionellen Änderungen, die Zustimmung der Gesamtarbeiterschaft gefunden.

Keramische Industrie

Arbeitslöhne in der Ziegelindustrie.

In den Ziegelen des Bezirks Elberfeld-Barmen betragen die Stundenlöhne seit Anfang März für Feuerarbeiter, Brenner, Heizer und Maschinenisten 4,60 Mk., für Pressarbeiter und Tongubenarbeiter 4,20 Mk.

Unternehmer-Gewinne in der Zement-Industrie.

Wer im Vorjahre Lohnverhandlungen geführt oder beigezogen hat, dem wird gewiß noch das Gehalt der Unternehmer einleuchtend sein.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Aufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Obwohl durch den Generalstreit unter dem einmütigen Widerstand der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Militärdiktatur abgefochten ist, rüstet die Reaktion zu neuen Schlägen.

Widerrecht des alten militärischen Regiments zu verhindern.

Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Einreichung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Sicherheitswehren sowie in die neu aufzustellenden Ortswehren, vorbehaltlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugesichert wurde.

- Berlin, 13. April 1920. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. C. Legien. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. gez. H. Driß. Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.). gez. L. Lewin. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. gez. B. Renker. Deutscher Beamtenbund. gez. R. Lange. Berliner Gewerkschaftskommission. gez. H. Kollmershaus.

Zahlstellenleiter-Konferenz im Gau 3.

Am 2. April fand eine vom Gauvorsitz einberufene Zahlstellenleiter-Konferenz der Provinz Brandenburg statt, welche von 43 Zahlstellen mit 48 Teilnehmern besucht war. Nicht vertreten waren 15 Orte.

Die am 2. April in Berlin tagende Konferenz der Zahlstellenleiter der Provinz Brandenburg erwartete von dem kommenden Verbandskongress eine völlige Umwandlung der Unterführungsstellen, so zum Beispiel eine zeitweilige Erhöhung der Streikunterstützung.

Jahresbericht des Gaues 10 (München).

Wenn über das abgelaufene Jahr ein Bericht gegeben werden soll, der einen vollständigen Überblick über die Gesamttätigkeit ermöglicht, so muß man zunächst die Gesamttätigkeit der Einzelgewerkschaften betrachten, die unter der Führung des Gaues stehen.

Als ein vorzüglicher Mitarbeiter und fähiger Agitator hat sich der Geist der Zeit erwiesen. Dieser findet den Weg in die entlegensten Winkel und führt die Arbeitsbrüder der Organisation zu; er versteht es, den verschiedensten Gewerkschaften die Augen zu öffnen.

Die Zahl der Mitglieder stieg von 12.762 auf 24.767. Eine Anzahl neuer Zahlstellen mußte errichtet werden, weil Betriebe und Orte viel zu weit von bereits bestehenden Zahlstellen entfernt waren.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Aufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Obwohl durch den Generalstreit unter dem einmütigen Widerstand der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Militärdiktatur abgefochten ist, rüstet die Reaktion zu neuen Schlägen.

Widerrecht des alten militärischen Regiments zu verhindern.

Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Einreichung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Sicherheitswehren sowie in die neu aufzustellenden Ortswehren, vorbehaltlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugesichert wurde.

- Berlin, 13. April 1920. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. C. Legien. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. gez. H. Driß. Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.). gez. L. Lewin. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. gez. B. Renker. Deutscher Beamtenbund. gez. R. Lange. Berliner Gewerkschaftskommission. gez. H. Kollmershaus.

Berichte aus den Zahlstellen.

Wachen. Am 11. April hielt unsere Zahlstelle im Lokale „3 Monarchen“ die übliche monatliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Schaumburg (Köln) sprach über das Thema: „Was verbietet uns der Arbeitgeber?“

Freirachdorf. Am 6. April hielt unsere Zahlstelle eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Schöngart erkrankte den Vortag. Es betragen die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse 1218,76 Mark, die Einnahmen der Lokalkasse 249,85 Mk. und die Ausgaben 73,13 Mk.

Kuppersteg. In der am 10. April bei Menrath abgehaltenen Generalversammlung erhalteten die Geschäftsführer: Specht, Leidenheimer und Jungmanns Bericht über ihre Tätigkeit im ersten Quartal. Die Geschäftsführer wurden in 5 Ortsverwaltungssitzungen, 10 Distriktsversammlungen, 117 Betriebsversammlungen und Besprechungen, 3 Konferenzen mit Unterführern, Verbandsfunktionären aus den Betrieben, Arbeiterausschüssen sowie der Gauleitung erledigt.

Die Aufklärung über das Betriebsratsgesetz sowie die Vorarbeiten für die Wahlen hat die Verwaltung viel beschäftigt. Die außerordentliche Generalversammlung, die deshalb Mitte des Quartals stattfand, beschloß die Wahl der Delegierten, und es ist zu hoffen, daß gute Resultate bei der Wahl herauskommen.

Als ein vorzüglicher Mitarbeiter und fähiger Agitator hat sich der Geist der Zeit erwiesen. Dieser findet den Weg in die entlegensten Winkel und führt die Arbeitsbrüder der Organisation zu; er versteht es, den verschiedensten Gewerkschaften die Augen zu öffnen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Aufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Obwohl durch den Generalstreit unter dem einmütigen Widerstand der gesamten republikanischen Bevölkerung die drohende Militärdiktatur abgefochten ist, rüstet die Reaktion zu neuen Schlägen.

Widerrecht des alten militärischen Regiments zu verhindern.

Es haben zu diesem Zweck bereits Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, in denen die Einreichung von Arbeitern, Angestellten und Beamten in die Sicherheitswehren sowie in die neu aufzustellenden Ortswehren, vorbehaltlich der Vereinbarung technischer Einzelheiten, zugesichert wurde.

- Berlin, 13. April 1920. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. gez. C. Legien. Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. gez. H. Driß. Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.). gez. L. Lewin. Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. gez. B. Renker. Deutscher Beamtenbund. gez. R. Lange. Berliner Gewerkschaftskommission. gez. H. Kollmershaus.

Genossenschaftsbewegung.

Der vierte Teil des deutschen Volkes konjunktionsfähig organisiert!

Nach den sieben einlaufenden tabellarischen Übersichten zur Statistik des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konjunkturvereine angeschlossenen Konjunktionsvereine am 31. Dezember 1919

